



Bundesverband Deutscher
Unternehmensberater BDU e.V.

NACHGEFRAGT: WARUM SOLLTE DER EINSATZ VON GOVERNMENT-ANALYTICS ÖFFENTLICH DISKUTIERT WERDEN?

Business-Analytics könnte auch im öffentlichen Sektor zu höherer Zielorientierung und Effektivität führen, wenn einige Hindernisse beseitigt wären. Unternehmen wie Amazon und Google nutzen Massen- und Individualdaten dazu, um Bedarfe vorherzusagen, Verkaufsaktionen zu fokussieren und Kaufsituationen zu nutzen oder um Kaufkraft und Zahlungsfähigkeit ihrer Kunden einzuschätzen. Hierbei geht es regelmäßig um den Kaufprozess und um Geld.

Dagegen sind die Informationsbedarfe des Staates breiter gestreut und umfassen weite Lebensbereiche. Die Maßnahmen-Wirkungs-Zusammenhänge öffentlicher Dienstleistungen sind komplexer und meist weniger gut erforscht. Derzeit hindern uns der Datenschutz und die Trennung der Verwaltungsbereiche an der Intensivierung von Government-Analytics.

Bereits heute können Google und Facebook soziodemografische Daten in jeder Hinsicht präziser liefern als unsere Einwohnermelde- und Sozialämter. Die gewinnorientierten Internetunternehmen scheuen sich nicht, alles verfügbare Wissen in einem großen Informationstopf zu sammeln und mit geschickten Algorithmen nicht nur Analyse, sondern auch Prognostik zu betreiben und damit neues Wissen zu schaffen.

Ein Beispiel: Wir wissen, dass eine kleine Gruppe (nämlich die 14- bis 24-jährigen Männer) die höchsten öffentlichen Aufwendungen im Sicherheitsbereich verursacht. Polizei, Jugendhilfe und Arbeitsverwaltung adressieren zu einem sehr großen Teil diese zahlenmäßig eher unbedeutende Bevölkerungsgruppe. Aber natürlich sind nicht alle Menschen, die zu dieser Gruppe gehören, gefährdet oder gefährlich. Einige wenige personenbezogene Daten würden ausreichen, um zu prognostizieren, ob, wann und in welcher Hinsicht staatliche Maßnahmen notwendig und hilfreich sind.

Das gilt auch für zahlreiche andere Verwaltungsbereiche. Auf diese Weise könnten an die Stelle des Gießkannenprinzips unserer Kontroll- und Förderinstrumente evidenzbasierte Entscheidungen treten, die staatliches Handeln wirkungsvoller und sparsamer gestalten.

Government-Analytics hat ethische und rechtliche Grenzen, die wir diskutieren müssen. Bereits heute könnten Daten zusammengeführt werden, um eine Kindeswohlgefährdung vorherzusagen. Das stößt heute noch an Akzeptanzgrenzen in der Gesellschaft. Wir müssen öffentlich diskutieren, warum die Nutzung sehr persönlicher Daten zu kommerziellen Zwecken geduldet wird, der Staat sich aber Fesseln anlegen muss, wenn es um den Schutz nicht nur individueller, sondern auch öffentlicher Rechtsgüter geht.

PETER KROLLE, SOPRA STERIA CONSULTING, IST MITGLIED IM FACHVERBAND ÖFFENTLICHER SEKTOR IM BUNDESVERBAND DEUTSCHER UNTERNEHMENSBERATER BDU E. V.